



Geschafft! Vor dem Grossratsgebäude applaudieren wir Ernst Casty.

Montag 16.04.2018

Ein Zeichen für die Gebärdensprache im Bündnerland

Bündner Grossratssession in Chur. Der Grossrat Ernst Casty (BDP, Chur) fordert mit seinem Auftrag die Finanzierung von Gebärdensprachkursen für die Fachkräfte, die mit hörbehinderten Kindern arbeiten. Christina Bucher (SP) und Martin Jäger (SP) haben diesen Auftrag unterstützt.

12 Personen aus verschiedenen Vereinen (Bündner Hilfsverein für Gehörlose, Genossenschaft Fontana Passugg und Bündner Gehörlosenverein) waren auf der Tribüne der Grossratsgebäude anwesend. Gespannt haben wir die Diskussionen verfolgt, die Gebärdensprachdolmetscherin Kathrin Schmid hat für uns übersetzt. Zum ersten Mal wurde im Grossen Rat über die Gebärdensprache diskutiert. Der Auftrag wurde ohne Gegenstimme an die Regierung überwiesen (siehe Abstimmungsmonitor).



Wir freuen uns, dass die Sensibilisierung für die Gebärdensprache gelungen ist. Einen kleinen, aber einen wichtigen Schritt zur Förderung der Gebärdensprache im Bündnerland.

Wir sind stolz auf unser Mitglied Ernst Casty! Im Cafe «Zeit» haben wir den Erfolg gefeiert. Wir danken dem Grossrat Ernst Casty und dem Regierungsrat Martin Jäger für ihr Engagement, wie sie sich für das Anliegen der Gehörlosen eingesetzt haben.

Ausschnitt Internet-Ausgabe: Mo 16.04.2018 - 14:33

Ein Zeichen für die Gebärdensprache

Grossrat Ernst Casty (BDP, Chur) fordert mit seinem Auftrag die Finanzierung von Gebärdensprachkursen für Fachkräfte, die mit hörbehinderten Kindern arbeiten. Der gleichwertige Erwerb von Gebärdensprache neben der gesprochenen Sprache ist oftmals die optimale Grundlage für die kognitive, sprachliche, psychosoziale und emotionale Entwicklung eines gehörlosen/hörbehinderten Kindes auf dem Weg zu einem selbstbestimmten Leben, so Casty im Auftrag, den mehr als die Hälfte des Parlaments unterzeichnet hatte.

In ihrer Antwort schreibt die Regierung, dass Kinder und Jugendliche mit einer Hörbehinderung in der Volksschule mit sonderpädagogischen Massnahmen gefördert werden. Zurzeit hätten 35 Kinder und Jugendliche in Graubünden Anspruch auf die Massnahme Audiopädagogik. Die Weiterbildung der Lehr- und Fachpersonen gehöre zum Berufsauftrag und den Hauptaufgaben der Lehrpersonen. Die Regelung der Weiterbildung obliegt den jeweiligen Schulträgerschaften. Der Auftrag wird mit 113:0 überwiesen. Der zuständige Regierungsrat **Martin Jäger (SP, Chur)** dankt dem Parlament für die Überweisung. Er selbst sei in einem Haushalt mit Betroffenen aufgewachsen und seit mehreren Jahren selbst hörgeschädigt.

Die Regierung anerkennt die gezielte Weiterbildung. Eine Neuregelung der Finanzierung dränge sich aber nicht auf. Die Schulträgerschaften werden jedoch für die Bedeutung der Gebärdensprache in der Volksschule sensibilisiert und durch das Amt für Volksschule und Sport mittels eines Rundschreibens auf ihre Verpflichtung betreffend Weiterbildung aufmerksam gemacht.

